

Globale Verantwortung vor Ort – Bremen entwickeln! Forderungspapier des Bremer entwicklungspolitischen Netzwerks e.V. (BeN) an die Landespolitik für die Jahre 2016 bis 2019

Das Land Bremen ist seit mehr als drei Jahrzehnten in der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit tätig und hat hier wichtige Impulse gesetzt. Dieses Engagement unterstreichen die regelmäßige Verleihung des Bremer Solidaritätspreises seit 1988, die kritische Auseinandersetzung mit der Kolonialzeit und die Förderung der entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationsarbeit im Land Bremen. Auch pflegt Bremen Städtepartnerschaften zu Ländern im Globalen Süden, wie etwa zu Durban (Südafrika) oder Pune (Indien). In jüngster Zeit hat Bremen durch die Implementierung der ILO-Kernarbeitsnormen in die öffentliche Auftragsvergabe eine bundesweite Vorreiterrolle übernommen. Eine wertvolle Errungenschaft sind auch die entwicklungspolitischen Leitlinien, die in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft formuliert und im Frühjahr 2015 vom Bremer Senat verabschiedet wurden.

Um in Zukunft der Verantwortung nachkommen zu können, das Land Bremen nachhaltig zu entwickeln, erwarten die im Bremer entwicklungspolitischen Netzwerk e.V. (BeN) organisierten 26 Nichtregierungsorganisationen (inkl. 67 assoziierter Gruppen) von der Bremischen Bürgerschaft und vom Senat Aktivitäten in folgenden Bereichen:

Entwicklungspolitik und zivilgesellschaftliches Engagement

Die personelle und finanzielle Ausstattung des EZ-Bereichs des Landes muss erhalten bleiben und perspektivisch ausgebaut werden. Darüber hinaus ist das zivilgesellschaftliche Engagement zu stärken.

Wir fordern daher:

- *Eine Basisförderung aus Landesmitteln für das entwicklungspolitische Landesnetzwerk.*
- *Die Ausweitung des Promotor*innen-Programms auf insgesamt vier volle Stellen für Bremen und Bremerhaven ab 2017.*

Globale Entwicklungspartnerschaft und Verantwortung des globalen Nordens

Mit ihrer großen Nähe zu Bürger*innen, Wirtschaft und anderen wichtigen Stakeholdern sind die Bundesländer und Kommunen elementarer Bestandteil globaler Entwicklungspartnerschaften. Damit die Länder des Nordens ihre Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung wahrnehmen und einen entsprechenden Bewusstseinswandel herbeiführen können, sind die Aktivitäten Bremens im Bereich der Nord-Süd-Solidarität – Austausch, Unterstützung, gemeinsames Lernen – beizubehalten bzw. auszubauen.

Wir fordern daher:

- *Eine Überprüfung aller Städtepartnerschaften auf entwicklungspolitische Relevanz und die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Stakeholder in Austausch- und Lernprozesse, sofern noch nicht geschehen. Dies gilt insbesondere für die Partnerschaften zu den Städten Durban/Südafrika, Dalian/China und Izmir/Türkei.*
- *Ein Engagement des Bremer Senats für das Recht auf Selbstbestimmung diskriminierter und unterdrückter Bevölkerungsgruppen, wie z.B. den Westsahrauis.*

- *Eine Umsetzungsstrategie der Sustainable Development Goals auf kommunaler Ebene.*
- *Die Prüfung der Möglichkeit einer geringen Abgabe von Wassergebühren zugunsten von EZ-Projekten in Ländern des Globalen Südens durch den Senat als konkreter Beitrag zur Erreichung der SDGs.*

Verbesserung der Lebensbedingungen von Flüchtlingen / Einbeziehung von Migrant*innen

Neben der konsequenten Bekämpfung von Fluchtursachen sind die Bedingungen für die hier lebenden Flüchtlinge zu verbessern.

Das Land Bremen sollte außerdem die migrantische Diaspora unterstützen, die sich verstärkt zu entwicklungspolitischen Themen äußert. So kann es gelingen, strukturelle Barrieren abzubauen und von den Kompetenzen dieser Organisationen und ihrer Vielfalt zu profitieren.

Wir fordern daher:

- *Das Engagement des Landes Bremen für eine weiterhin großzügige Aufnahme von Flüchtlingen, die Abschaffung der Residenzpflicht und eine dauerhafte Bleiberechtsregelung.*
- *Die systematische Erfassung des Engagements migrantisch-diasporischer Organisationen und die finanzielle Unterstützung des Aufbaus eigenständiger Strukturen.*
- *Die Beteiligung der migrantischen Diaspora an den entwicklungspolitischen Aktivitäten des Landes Bremen - insbesondere an der Bildungsarbeit und der Planung entwicklungspolitischer Projekte.*

Faires und zukunftsfähiges Wirtschaften

Damit Bremen in Deutschland Vorreiter bleibt, müssen weitere Anstrengungen im Fairen Handel und in der öffentlichen Auftragsvergabe unternommen werden. Als Hauptstadt des Fairen Handels muss sich Bremen auch in Zukunft für mehr Gerechtigkeit im (Welt-)Handel einsetzen.

Wir fordern daher:

- *Den Beschluss eines ambitionierten Zeit- und Maßnahmenplans durch den Senat, damit perspektivisch alle Einkäufe der öffentlichen Hand nach ökologischen und sozialen Kriterien getätigt werden.*
- *Die Einrichtung einer Kompetenzstelle für sozial nachhaltige Beschaffung bei Immobilien Bremen.*
- *Die Durchführung giz- bzw. SKEW-finanzierter Pilotprojekte zu Fairer Kita, Fairem Krankenzimmer und Fairer Schule.*
- *Die Erweiterung der Kernarbeitsnormenverordnung um die Produkte Holz und IT.*
- *Die Prüfung der Möglichkeit einer Klage gegen Bremer Unternehmen, die gegen die ILO-Kernarbeitsnormen verstoßen.*

Nachhaltiger Konsum

Unsere bisherigen Lebens- und Wirtschaftsweisen einschließlich des Konsumverhaltens sind nicht nachhaltig, da sie oft mit einem immensen Ressourcenverbrauch und ausbeuterischen Arbeitsbedingungen einhergehen. Ein Umsteuern des Konsumverhaltens breiter Bevölkerungskreise in Richtung nachhaltigen Konsums ist notwendig. Dazu bedarf es auch der Bereitstellung entsprechender Informationen und der Unterstützung vorbildlicher Projekte.

Wir fordern daher:

- *Die Förderung und Bereitstellung von Verbraucher*innen-Informationen zu Nachhaltigem Konsum, wie auch in den entwicklungspolitischen Leitlinien formuliert.*
- *Die Förderung von Initiativen und Projekten, die sich nachhaltigen Lebens- und Konsumweisen widmen.*

Verschränkung von Umwelt- und Entwicklungsbereich

Nachhaltigkeit macht es aus unserer Sicht erforderlich, den Entwicklungs- und den Umweltbereich stärker zu verschränken. Die Bemühungen um einen an Umweltschutzkriterien ausgerichteten regionalen und fairen Handel müssen intensiviert werden.

Wir fordern daher:

- *Die Erarbeitung eines Aktionsplans zur Umsetzung des Themas bio-regional-fair im Rahmen der BioStadt, flankiert durch einen Bürgerschafts- und Senatsbeschluss.*
- *Die perspektivische Umstellung der Verpflegung aller Bremer Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Schulen und Kantinen in öffentlicher Einflussosphäre auf biologische, regionale und faire Produkte und den gebündelten Einkauf von Lebensmitteln für Kantinen und Mensen.*

Klimagerechtigkeit

Das Land Bremen muss seiner Verantwortung für eine globale Klimagerechtigkeit nachkommen. Das bremische Klima-und Energieprogramm ist konsequent umzusetzen.

Wir fordern daher:

- *Die Reduzierung der bremischen CO₂-Emissionen bis 2020 um mindestens 40% gegenüber 1990.*
- *Die Einschränkung des Fleischkonsums in öffentlichen Kantinen und anderen öffentlichen Einrichtungen.*
- *Den Ausbau kommunaler Klimapartnerschaften nach dem Vorbild der Kooperation mit Durban.*

Schutz der Ozeane

Mit der weltweiten ökonomischen Erschließung der Ozeane sind Fragen der Ernährungssicherung, des Meeresschutzes, des Seerechts und der Rohstoffförderung für das Nord-Süd-Verhältnis und eine kohärente Entwicklungspolitik von wachsender Bedeutung. Bremen als wichtiger maritimer Standort hat hier eine besondere Verantwortung.

Wir fordern daher:

- *Die faire und nachhaltige Gestaltung der Fischereiwirtschaft sowie das Engagement Bremens in Bezug auf entwicklungsbezogene meerespolitische Fragen - auch hinsichtlich der EU-Fischereipolitik.*
- *Die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten zu maritimen Themen mit entwicklungspolitischem Bezug, z.B. regelmäßige Fachveranstaltungen in Bremen.*

Maßnahmen zur Rüstungskonversion und Stopp von Rüstungsexporten

Politische Bemühungen zum Stopp von Rüstungsexporten tragen zu zukunftsfähiger Entwicklung bei und müssen durch Maßnahmen der Rüstungskonversion in Bremen strukturell gestützt werden.

Wir fordern daher:

- *Den Stopp aller Rüstungsexporte, besonders über bremische Häfen, bei gleichzeitigen substantiellen Anstrengungen zur Rüstungskonversion, gerade auch auf Bundesebene.*
- *Maßnahmen zur Eindämmung und perspektivischen Abschaffung der militärischen Forschung an Hochschulen.*

Bildung für Nachhaltige Entwicklung / Globales Lernen

Bei der Umsetzung einer Nachhaltigen Entwicklung nimmt Bildung einen zentralen Stellenwert ein - in der KiTa, der Schule, der Aus- und Weiterbildung und der informellen Bildung.

Wir fordern daher:

- *Die Verankerung des Konzepts der Bildung für Nachhaltige Entwicklung in den Bremer Bildungsplänen, in der Lehrer*innenaus- und fortbildung sowie in den Schulprogrammen.*
- *Die aktive Einbindung der Kompetenzen von NROs in die frühkindliche, schulische und außerschulische Bildungs- und Informationsarbeit durch die Bereitstellung ausreichender Mittel.*
- *Die Schaffung personeller Kapazitäten beim Land Bremen zur Umsetzung des Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung (2015-2019).*
- *Die Unterstützung des BNE-Netzwerks.*
- *Maßnahmen zur politischen Unterstützung und die Schaffung partizipativer Strukturen für Jugendliche und junge Erwachsene in politischen Prozessen.*

Kohärenz

Für die Gestaltung einer nachhaltigen, globalen Entwicklung für die Welt der Zukunft ist die intensive Abstimmung verschiedener Politikfelder unerlässlich. Die in den Leitlinien formulierten Ziele müssen mit allen betroffenen Ressorts abgestimmt und umgesetzt werden. Die Verantwortung für die Erfüllung der Leitlinien liegt nicht alleine bei der EZ-Abteilung des Landes Bremen, sondern betrifft den gesamten Senat, der sich für eine zukunftsfähige Entwicklung Bremens einsetzen muss.

Wir fordern daher:

- *Die Etablierung eines entwicklungspolitischen Forums zur Beratung der Bremer Politik, wie in den entwicklungspolitischen Leitlinien angekündigt.*
- *Die Anerkennung von Entwicklungszusammenarbeit als Querschnittsaufgabe und die Bereitstellung von Finanzen durch die beteiligten Ressorts.*
- *Sofern die Forderungen auf kommunaler Ebene in Bremen bzw. Bremerhaven umzusetzen sind, bitten wir den Senat, dies zu berücksichtigen.*

Bremen, Dezember 2015